



KW 37 Einfach mal „sorry“ sagen



Foto: Ed Koch

Zuerst möchten wir **Kai Wegner** zur Vollendung seines 52sten Lebensjahres gratulieren. Wie seine Vorgänger **Klaus Woweroit** und **Michael Müller** hat er die Berliner Verwaltung nicht davon überzeugen können, zeitnahe Termine beim **Bürgeramt** einzurichten. Seine kecke Zusage bei der Amtsübernahme im April 2023, bis Jahresende dafür zu sorgen, dass es innerhalb von 14 Tagen Termine gibt, musste er zurückziehen. Bis heute ist das Versprechen nicht eingelöst worden. Etwas verklausuliert hat Wegner wenigstens sorry gesagt.

Aber, es gibt auch Erstaunliches zu berichten. Aus Tempelhof, wo das Bürgeramt von Wegners Parteifreund **Matthias Steuckardt** verantwortet wird. Ein Mitbürger seines Bezirks hatte dreifach Pech. Schlaganfall, beim Hinfallen den Arm gebrochen und beim Aufenthalt im Krankenhaus den Personalausweis geklaut, inklusive Geldbörse mit 80 Euro. Ein persönliches Erscheinen beim Bürgeramt war nicht möglich, weil der Betroffene noch nicht wieder laufen und die Wohnung verlassen kann. Steuckardt arrangierte einen Besuch der Polizei beim mehrfach Geschädigten. Zwei Beamte brachten alle erforderlichen Unterlagen mit, die unterschrieben werden mussten, fuhren damit zum Bürgeramt, wo der Ausweis erstellt wurde, und lieferten diesen rund zwei Stunden später bei ihm ab, nicht ohne ein paar freundliche Worte zu wechseln. Was soll man sagen? So macht Verwaltung Spaß!

Gendarstellungen sind für jedes Medium unangenehm, obwohl irren doch so menschlich ist. Viele Medien meinen allerdings, dass kühn behauptet die Recherche ersetzt. So lasen wir in dieser Woche: „Im Tagesspiegel Checkpoint von Mittwoch, den 04.09.2024 heißt es: „... Hoffest beim Regierenden

Bürgermeister ... Gegen 22:30 haben es dann auch Iris Spranger und ihr Mann Jörg Stroedter geschafft ... und steuern schnurstracks den Stand der Spielbank an.'



Beim Hoffest 2023 – Foto: Ed Koch

Hierzu stellen wir fest: Wir trafen bereits gegen 19.30 Uhr beim Hoffest ein und steuerten auch nicht den Stand der Spielbank an. Vielmehr haben wir den Stand der Spielbank nicht aufgesucht."

Berlin, 09.09.2024

Iris Spranger und Jörg Stroedter

Da fragt man sich natürlich, ob wenigstens die folgende Meldung aus dem Checkpoint stimmt: „Kurz vor Mitternacht leert sich langsam der Außenbereich. An einem Tisch sitzen noch **Klaus Woweroit** und **Antje Kapek** zusammen. Die frühere Fraktionsvorsitzende der Grünen prophezeit dem Ex-Regierenden Bitt-Demos vor seiner Wohnung, auf dass er 2026 nochmal antreten möge.“ Oder haben Kapek und Woweroit die Meldung einfach nicht gelesen oder ignoriert? Wie auch immer, unter der Gendarstellung fehlt ein ganz entscheidendes Wort: Sorry! Warum kann man sich für einen Fehlgriff nicht entschuldigen. Muss man sich so verhalten wie **Donald Trump**?

Wer müsste im nächsten Fall „Sorry“ sagen? „Je 241 Euro Bußgeld mussten Klima-Aktivisten der **Letzten Generation** für Straßenblockaden zahlen. Das Oberverwaltungsgericht hat nun in einem Fall entschieden, dass das rechtswidrig ist. Das Urteil könnte für Berlin teuer werden.“, meldete der **rbb**.

„Wie eine Gerichtssprecherin dem rbb am Freitag bestätigte, wurde in einem Fall die Gebühr zu Unrecht erhoben, weil der Bescheid auf eine falsche Rechtsgrundlage gestützt war. Es ging um die Zahlung von 241 Euro für eine Straßenblockade, bei der der Betroffene von der Straße losgelöst und weggetragen wurde.“



Dieser Fall sage aber noch nichts über andere Gebührenbescheide aus, so die Gerichtssprecherin. Sollten diese allerdings mit der gleichen Begründung ergangen sein, wären auch sie rechtswidrig. Der Verein ‚Rückendeckung für eine aktive Zivilgesellschaft‘, der nach eigenen Angaben die Verwaltungsklage auf den Weg brachte, rechnet nun damit, dass das Land Berlin rund 300.000 Euro an Aktivisten der ‚Letzten Generation‘ zurückzahlen muss.“ *Quelle: RadioEins 13.09.24*

Vermutlich wird sich auch beim folgenden Fall niemand entschuldigen. Die **Berliner Morgenpost** berichtete über ein **Neubauprojekt in Schöneberg**, das durch das übliche Verwaltungshandeln acht Jahre lang bis zur Fertigstellung gebraucht hat. „Wie viele Krisen müssen überstanden werden, um bezahlbaren Wohnraum in Berlin zu schaffen?“ Gestern fand in der Gotenstraße 46 die Einweihungsfeier statt, an die kaum noch jemand geglaubt hatte.

„2016 wurde in Berlin beschlossen, das Gebiet zwischen den S-Bahnhöfen Südkreuz und Schöneberg, auch Schöneberger Linse genannt, weiterzuentwickeln und zu bebauen. Der Plan sah den Bau tausender Wohnungen sowieso zahlreicher Büro- und Gewerbeflächen vor. Eines der Grundstücke innerhalb der Schöneberger Linse wurde vom Berliner Senat an das Genossenschaftsprojekt **Blaue Insel eG** vergeben – sie erhielt den Zuschlag für die Planung und den Bau auf dem Grundstück.“

Soweit der Plan. Es folgten ein vom Abgeordnetenhaus verursachter Baustopp in dessen Folge sich die Kosten erhöhten. „Als eines der ersten Projekte sollte die **Blaue Insel eG** die neue Genossenschaftsförderung des Senats in Anspruch nehmen können. Das Problem: Die ausgezahlte Summe war viel niedriger als ursprünglich vom Berliner Senat angekündigt. Das zweite Problem: Bis zum Abschluss des Fördervertrags sollten 22 Monate vergehen. Also wieder warten. Der Baubeginn verzögerte sich erneut und durch den Krieg in der Ukraine und die Inflation wurde Bauen deutlich teurer. Die Verzögerung des Baubeginns sollte die Genossenschaft am Ende eine sechsstellige Summe kosten, auf der sie allein sitzen blieb.“

Und bevor es dann losgehen konnte, hatten sich zwischenzeitlich die Brandschutzregelungen verändert. So gibt es auf der einen Seite des Hauses schöne Balkone, die die Bewohner nicht nutzen dürfen. „Nicht einmal ein Blumenkasten darf dort stehen.“ Der Grund: „Im Falle eines Feuers, soll die Feuerwehr dort ihre Leitern anlegen können. Geplant war dies aber eigentlich für die andere Seite des Hauses,

zur Straße hin, wo keine Balkone installiert wurden. Hier kann die Feuerwehr aber nicht ihre Leitern anlegen, weil dort eine Baustelle ist, die seit Jahren keine mehr sein sollte, aber noch für mindestens zwei Jahre eine bleiben wird.“ „Trotz aller Widrigkeiten konnten mittlerweile alle 50 Wohnungen bezogen werden, 37 davon als Genossenschaftswohnung und 13 davon als Sozialwohnung.“ Dit is Berlin.



Screenshot Phoenix

Ob die Abgeordneten entschuldigt fehlten, wissen wir nicht. Das Interesse an den **Haushaltsberatungen** im Bundestag war in dieser Woche überschaubar. Lediglich beim Thema Migration bemühten sich ein paar mehr Volksvertreter in den Plenarsaal.

Nicht entschuldigen musste sich in dieser Woche der Ministerpräsident Brandenburgs **Dietmar Woidke** für seine Entscheidung, **Olaf Scholz** nicht im Wahlkampf auftreten zu lassen. Von der Ausgangslage für die SPD im Mai mit 19 Prozent, steht Woidkes Partei jetzt bei 26 Prozent, nur noch einen Punkt hinter der AfD. Die CDU ist in derselben Zeit von 19 auf 16 Prozent abgerutscht. Woidke könnte es also knapp schaffen, als Erster durchs Ziel zu laufen.

Woidke erhielt unerwarteten Zuspruch aus Sachsen. CDU-Ministerpräsident **Michael Kretschmer** hat sich nämlich für einen Wahlerfolg von **Dietmar Woidke** ausgesprochen. Er verwies auf die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit beider Länder. Das sagte Kretschmer vor dem Hintergrund des aktuellen Kopf-an-Kopf-Rennens zwischen AfD und SPD zehn Tage vor der Brandenburg-Wahl am Freitag dem **Tagesspiegel**: „Ich wünsche mir, dass **Dietmar Woidke** gewinnt, am Ende den Kopf vorne haben wird. Und ich bin mir sicher, dass das genauso werden wird.“ Für diese Aussage muss sich Kretschmer wahrlich nicht entschuldigen.

Kommen Sie gesund durch die KW 38, und, wenn Sie sich mal irren, sagen Sie bitte einfach „sorry!“

Ed Koch